

Vereinbarung

zwischen

dem Landkreis Teltow-Fläming
vertreten durch die Landrätin,
als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

und

dem kommunalen Träger

.....
.....

vertreten durch Bürgermeister*in

- nachfolgend „Träger“ genannt -

zur Sicherstellung des Schutzauftrages auf der Grundlage der §§ 8a Abs. 4, 72a SGB VIII:

§ 1 Geltungsbereich

Die Vereinbarung zur Sicherstellung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII und zum Tätigkeitsausschluss von einschlägig vorbestraften Personen nach § 72a SGB VIII gilt für alle von dem Träger angebotenen Leistungen der Jugendhilfe im Zuständigkeitsbereich des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe.

Erster Abschnitt – Schutzauftrag nach § 8a Aachtes Buch Sozialgesetz (SGB VIII)

§ 2 Allgemeiner Schutzauftrag

(1) Allgemeine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, Kinder und Jugendliche davor zu bewahren, dass sie in ihrer Entwicklung durch den Missbrauch elterlicher Rechte oder eine Vernachlässigung Schaden erleiden. Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII).

(2) § 8a SGB VIII konkretisiert diesen allgemeinen staatlichen Schutzauftrag als Aufgabe der Jugendämter, verdeutlicht die Beteiligung der freien/kommunalen Träger an dieser Aufgabe und beschreibt Verantwortlichkeiten der beteiligten Fachkräfte der Jugendhilfe.

(3) Der Träger stellt durch geeignete betriebliche Maßnahmen (Information, Belehrung) sicher, dass die Fachkräfte über diese Vereinbarung, das interne Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung, die Einschaltung der „insoweit erfahrenen Fachkraft“, die Einbeziehung der Kinder/Jugendlichen und Erziehungsberechtigten (soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes/Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird) und das Hinwirken auf Inanspruchnahme von Hilfeangeboten durch die Erziehungsberechtigten informiert sind und danach handeln.

§ 3 Einbezogene Einrichtungen und Dienste des Trägers

(1) In diese Vereinbarung sind alle Einrichtungen und Dienste des Trägers einbezogen, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen und hierbei Fachkräfte (§ 72 SGB VIII) beschäftigen.

(2) Für künftig entstehende Einrichtungen und Dienste gilt diese Vereinbarung entsprechend.

(3) Veränderungen sind dem Jugendamt unverzüglich mitzuteilen. Siehe Anlage 1 – Übersicht der Einrichtungen und Dienste mit Kontaktdaten

§ 4 Handlungsschritte

(1) Der Träger legt ein internes Verfahren zur Gefährdungseinschätzung fest. Dies ist als Anlage 2 - Interner Verfahrensablauf zur Gefährdungseinschätzung- Bestandteil der Vereinbarung. Nachfolgende Mindeststandards sind einzuhalten.

(2) Nimmt eine Fachkraft gewichtige Anhaltspunkte wahr, so ist eine Gefährdungseinschätzung vorzunehmen.

(3) Zur Gefährdungseinschätzung ist eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ (§ 7 der Vereinbarung) einzubeziehen.

(4) Die Erziehungsberechtigten, Kinder/Jugendlichen sind in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes/Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

(5) Werden Hilfeleistungen zur Abwendung des Gefährdungsrisikos für erforderlich gehalten, haben die Fachkräfte des Trägers bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme der Leistungen hinzuwirken.

(6) Der Träger unterrichtet das Jugendamt unverzüglich, wenn die Hilfeleistungen zur Gefährdungsabwehr nicht ausreichen oder die Erziehungsberechtigten nicht in der Lage oder nicht bereit sind, sie in Anspruch zu nehmen.

(7) Weitergehende Vereinbarungen zwischen dem Jugendamt und dem Träger zur Erbringung von Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII bleiben von diesen Regelungen unberührt.

§ 5 Inhalt und Umfang der Mitteilung an das Jugendamt

Die Mitteilung an das Jugendamt nach § 4 Abs. 6 dieser Vereinbarung erfolgt über den verbindlich zu nutzenden Mitteilungsbogen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung, siehe Anlage 3 – Mitteilungsbogen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung an das Jugendamt des Landkreises Teltow-Fläming.

§ 6 Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung

(1) Der Träger stellt durch geeignete betriebliche Maßnahmen sicher, dass die Fachkräfte über gewichtige Anhaltspunkte zur Kindeswohlgefährdung unterrichtet sind. Hierbei sind mindestens die gewichtigen Anhaltspunkte, die in der zu dieser Vereinbarung enthaltenen Liste (Anlage 4) aufgezählt sind, in der Risikoeinschätzung zu beachten.

§ 7 Hinzuziehung einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ zur Einschätzung des Gefährdungsrisikos

(1) Nach § 8a Absatz 4, Punkt 2 SGB VIII wird die „insoweit erfahrene Fachkraft“ ausschließlich beratend hinzu gezogen.

(2) Die Kriterien der Qualifikation der „insoweit erfahrenen Fachkraft“, die Ansiedlung und Zuständigkeit, wie auch die Finanzierung sind in der Rahmenkonzeption zur Hinzuziehung und Beratung durch eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ geregelt und sind als Anlage 5

Bestandteil der Vereinbarung.

§ 8 Dokumentation

(1) Der Träger stellt sicher, dass die Fachkräfte die Wahrnehmung der Aufgaben und Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung umgehend schriftlich und nachvollziehbar dokumentieren.

(2) Unbeschadet weiter gehender Regelungen des Trägers erfasst die Dokumentationspflicht alle Verfahrensschritte und muss bei jedem Verfahrensschritt mindestens beinhalten:

- beteiligte Fachkräfte,
- zu beurteilende Situation,
- Ergebnis der Beurteilung,
- Art und Weise der Ermessensausübung,
- weitere Entscheidungen,
- Definition der Verantwortlichkeit für den nächsten Schritt,
- Zeitvorgaben für Überprüfungen.

§ 9 Datenschutz

Soweit dem Träger bzw. den von ihm beschäftigten Fachkräften zur Sicherstellung dieses Schutzauftrags Informationen bekannt werden oder ermittelt werden müssen und die Weitergabe dieser Informationen zur Sicherstellung des Schutzauftrags erforderlich ist, bestehen keine die Wahrnehmung dieser Aufgabe einschränkenden datenschutzrechtlichen Vorbehalte.

Insofern gilt der Grundsatz, dass Sozialdaten zu dem Zweck übermittelt oder genutzt werden dürfen, zu dem sie erhoben worden sind (§ 64 Abs.1 SGB VIII, § 69 Abs.1 Nrn. 1 und 2 SGB X). Bei anvertrauten Daten sind die Regelungen des § 65 SGB VIII zu beachten.

§ 10 Qualitätssicherung

(1) Der Träger stellt sicher, dass

- die zuständigen Leitungen für die sachgerechte Unterrichtung der Fachkräfte über die Verpflichtungen aus § 8a SGB VIII Sorge tragen.
- die internen Präventions- und Schutzkonzepte allen in der Jugendhilfe tätigen Haupt- und Ehrenamtlichen bekannt sind und sie danach handeln.
- eine regelmäßige Auswertung der Erfahrungen mit den getroffenen Regelungen mindestens einmal jährlich stattfindet.
- die Fortbildung der Fachkräfte zu Themen des Kinderschutzes, mindestens einmal jährlich erfolgt.

(2) Das Jugendamt unterstützt den Träger bei der Fortbildung seiner Fachkräfte zu Kinderschutzfragen.

§ 11 Individuelle Vereinbarung

2. Abschnitt – Umsetzung von § 72 a SGB VIII Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen

§ 12 Vorrang der Prävention

Die Vereinbarungspartner stimmen darin überein, dass zur wirksamen Verhinderung von (sexueller) Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, die Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen allein kein ausreichendes Instrument darstellt.

Umfassende Präventionsarbeit ist der Intervention vorangestellt. Der Träger überprüft daher regelmäßig seine Angebote, Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe auf etwaige Gefährdungspotentiale und berücksichtigt die Prävention von (sexueller) Gewalt bei der sozialpädagogisch-konzeptionellen Ausgestaltung.

§ 13 Sicherstellung

(1) Der Träger verpflichtet sich, sicherzustellen, dass er keine Fachkräfte, keine Neben- oder Ehrenamtlichen beschäftigt (§ 72a Abs. 2 und 4 SGB VIII), die wegen einer der in dieser Vorschrift (§72a Abs. 1 SGB VIII) aufgeführten Straftaten rechtskräftig verurteilt worden sind.

(2) Der Träger verpflichtet sich, von allen neu einzustellenden Personen ein Führungszeugnis nach § 30a Abs. 5 und § 30a Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) vorlegen zu lassen und gemäß § 72 a Abs. 5 SGB VIII zu erfassen.

(3) Der Träger verpflichtet sich, von bei ihm beschäftigten Personen, die in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder und Jugendliche beaufsichtigen, betreuen, erziehen oder ausbilden oder einen vergleichbaren Kontakt haben, die regelmäßige Vorlage eines Führungszeugnisses im Abstand von fünf Jahren zu verlangen.

(4) Der Träger verpflichtet sich von bei ihm neu beschäftigten Neben- oder Ehrenamtlichen, sowie im Abstand von 5 Jahren ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen zu lassen, wenn sie Tätigkeiten im Kontakt mit Kindern und Jugendlichen ausüben, die nach Art, Intensität und Dauer nur nach Einsicht in das Führungszeugnis nach §72a Absatz 1 Satz 2 SGB VIII wahrgenommen werden dürfen.

Siehe Anlage 6 – Schema zur Prüfung der Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses

(5) in den Verträgen mit Beschäftigten soll der Träger vorsehen, dass Beschäftigte bei Anhaltspunkten für Ermittlungen wegen des Verdachts einer in § 72a a SGB VIII benannten Straftat unaufgefordert eine wahrheitsgemäße Selbstauskunft über die Einleitung der Ermittlung sowie den Inhalt der Beschuldigung zu erteilen haben.

(6) Unabhängig von den genannten Fristen in den Absätzen 3 und 4 soll der Träger bei konkreten Anhaltspunkten für das Vorliegen einer Verurteilung im Sinne des Absatz 2 die Vorlage eines aktuellen Führungszeugnisses fordern.

¹ Fachkräfte sind gem. § 72 SGB VIII Personen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben.

3. Abschnitt – Allgemeine Regelungen

§ 14 Fortentwicklung und Laufzeit

(1) Die Vereinbarungspartner sind sich darüber einig, dass die Inhalte der Vereinbarung – insbesondere auch der Anlagen – ständig weiterentwickelt werden müssen. Im Bedarfsfalle können einvernehmliche Änderungen der Vereinbarung getroffen werden, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

(2) Die Vereinbarung tritt am Tag nach der beiderseitigen Unterzeichnung in Kraft. Sie gilt vorerst für zwei Jahre und verlängert sich stillschweigend jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf des Vereinbarungszeitraumes gekündigt wird.

Die Kündigung dieser Vereinbarung wird der Erlaubnisbehörde mitgeteilt.

Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

Jede Partei erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung.

Luckenwalde,

I.A. Lachmann
Amtsleiter

Träger

Anlagen:

- Anlage 1 Übersicht der Einrichtungen und Dienste mit Kontaktdaten
- Anlage 2 Interner Verfahrensablauf zur Gefährdungseinschätzung
- Anlage 3 Mitteilungsbogen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung an das Jugendamt des Landkreises Teltow-Fläming
- Anlage 4 Gewichtige Anhaltspunkte
- Anlage 5 Rahmenkonzeption zur Hinzuziehung und Beratung durch eine „insoweit erfahrene Fachkraft“
- Anlage 6 Schema zur Prüfung der Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses